

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 19.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 12. Mai 1911.

Insertionspreis für die viertelj. Zeitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 11543. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

„Aufreizende Unwahrheiten“.

Durchs ganze Land heult die rote Demagogie von dem Ausnahmegesetz, daß die Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse für die Arbeiterschaft sein soll. Protestversammlungen auf Protestversammlungen folgen und unendlich ist die papierne Flut der Resolutionen, die der „entrüsteten roten Volksseele“ entquillt. Das alte Gaukelspiel der Sozialdemokratie auch hier: Protest, Protest und nochmals Protest. Das ist der ganze Inhalt der Tätigkeit dieser „Volkspartei.“ Müßte die Arbeiterschaft von all den Protesten leben, dann würde sie elendiglich zu Grunde gehen. Nur schade um all die nutzlos verpuffte Energie. Je mehr von sozialdemokratischer Seite protestiert wird, um so fester wird auf der Gegenseite der Wille, gegen jene Proteste das Begonnene zu vollenden.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung bereits auf ihrem Cölnener Kongress 1909 Stellung genommen und ihre Wünsche formuliert. Später ist gemeinsam mit den in der Gesellschaft für Sozialreform vertretenen Arbeiterorganisationen eine weitere Kundgebung erfolgt. Klar und deutlich wurde gesagt, was wir wollen. Drei Tage lang hat dann der Reichstag in erster Lesung über die Reichsversicherungsordnung debattiert. Die zur Durchberatung des Werkes eingesetzte Kommission hat sich ein ganzes Jahr lang, in 120 Sitzungen abgemüht, aus dem Entwurf etwas allgemein befriedigendes zu schaffen. Und das Ende ist, daß der Entwurf wie er heute dem Reichstage vorliegt, keinen Interessierten befriedigt. Auch uns nicht. Was aber soll geschehen? An seinen Fehlern den ganzen Entwurf, das ganze Reformwerk scheitern zu lassen, das wäre ein Leichtes. Da kam die christliche Gewerkschaftsbewegung jedoch nicht mitmachen, weil zu viel für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht.

Anders denkt die sozialdemokratische Bewegung. Nicht das Arbeiterinteresse wird von ihr in den Vordergrund gehoben, sondern das Interesse der Sozialdemokratie an der Anstellung von Parteigängern für die Krankenkassenämter. In das Horn der Sozialdemokratie tut selbstverständlich auch die „Holzarbeiter-Zeitung“. Sie redet in ihrer Mai-Nummer von einem „neuen Verbrechen“, von „infamer Entrechtung der Arbeiterschaft“. Daß der „Holzarbeiter“ zur „höheren Ehre des Zentrums“ sich „leicht über die Arbeiterinteressen hinweg setzt“ und „mit Wollust mit den sonstigen Arbeiterfeinden an einem Strang zieht“ erachtet die „Holzarbeiter-Zeitung“ für selbstverständlich. Angetan hat's ihr eine Notiz aus der Gewerkschaftskorrespondenz, die darlegte, in welcher Weise sozialdemokratisch geleitete Krankenkassen mit ihrem Angestellten Verträge abschlossen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ glaubt jene Tatsache bescheinigen zu können mit dem Hinweis, die Regierung habe die Abfassung dieser Verträge angeregt. So habe ein Krankenkassenbeamter der „Kölnischen Volkszeitung“ mitgeteilt. Das glaube allerdings wer will! Wir glauben nicht, daß die königlich preussische Staatsregierung Verträge angeregt hat, die bestimmen, daß Krankenkassenbeamte in Amt und Würden bleiben können, wenn sie sich auf Grund ihrer religiösen oder politischen „Tätigkeit“ jahrelange Freiheitsstrafen wegen Gotteslästerung, Hochverrat etc. zugezogen haben. Man mag das anderen erzählen. Die Anstellungsverträge, die die „Holzarbeiter-Zeitung“ verteidigen zu müssen glaubt, nennt Professor Dr. Ernst Franke in Nr. 30 der „Sozialen Praxis“ „eine Dummheit und ein Verbrechen zugleich.“ Und Dummheiten und Verbrechen sollen die christlichen Gewerkschaften vertreten? Das machen wir nicht. Selbst dann nicht, wenn auch sog. christliche Kassenverwaltungen derartige Verträge getätigt haben. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ exemplifiziert auf München und Cöln. Wir können nur feststellen, daß christliche Gewerkschaftler in beiden Städten völlig unbeteiligt sind. Was in früheren Jahren eine gewerkschaftlich indifferente Gesellschaft in Cöln, die unter der Firma „christliche Arbeiter“ segelte, zusammengebracht hat, verteidigen wir nicht. Eine Folge jener „christlichen Arbeiterpolitik“ ist es aber, wenn heute die christliche Arbeiterschaft Cölns kaum noch etwas in den Krankenkassen zu sagen hat. Krankenkassenbeamte, die sich politisch zur Zentrumspartei zählen, mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung aber keinerlei Fühlung haben, sind aus jenen Zeiten übernommene Bestände. Solange das Cölnener Krankenkassenwesen in den Händen einer sozialdemokratischen Verwaltung liegt, ist trotz der starken Minorität, die die christlichen Gewerkschaftler in Cöln stellen aus ihren Reihen auch nicht ein einziger Krankenkassenbeamter hervorgegangen. Das sei festgestellt. Daß weiterhin der „Holzarbeiter“ nicht die Aufgabe hat, die Interessen der Zentrumspartei zu vertreten, sollte selbst eine solche allverständige Dame wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ wissen, derweilen sie sich ja selbst bemüht, den „Holzarbeiter“ in Gegensatz zu bringen zum führenden Organ der deutschen Zentrumspartei, der „Kölnischen Volkszeitung.“

Recht treffend charakterisiert Professor Franke in der schon angezogenen Nummer das Gebahren der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Frage der Reichsversicherungsordnung, wenn er schreibt: „Es ist eine aufreizende Unwahrheit, wenn sozialdemokratische Blätter die R. V. D. ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft nennen. . . Ernsthafte Arbeiterkreise, Krankenkassenvorstände, Gewerkschaftsvorstände sprechen anders.“ Diese Worte wiegen um so schwerer, als die „Soziale Praxis“ bisher Worte des Tadelns gegen den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband noch nicht finden konnte.

Die „Entrechtung“ der Arbeiterschaft in den Krankenkassen bei der Wahl der Kassenvorständen und der Kassenbeamten, wie sie die Kommissionsbeschlüsse vorsehen, verdanken wir lediglich der bisher üblichen Praxis der „Genossen.“ Kein Mensch kann sie von dieser Schuld reinwaschen. Aber selbst die vorgesehene Verminderung der Arbeiterrechte kann für uns kein Grund sein zu wünschen, daß die Reichsversicherungsordnung scheitert. Wir gehen in dieser Frage im wesentlichen mit Professor Franke konform, wenn er sagt:

„So wenig wir die Kommissionsbeschlüsse in diesem Punkte billigen, die die Regierungsvorschläge noch erheblich verschlechtern, (einen günstigeren Beschluß durchzusetzen, wäre wohl selbst Herrn Professor Franke, wenn er als Mitglied der Kommission eine Tätigkeit hätte einfallen können, nicht möglich gewesen. Redaktion des „Holzarbeiter“) so sehen wir in ihnen doch keinen zureichenden Grund für die Annahme, daß damit das Los der Versicherten beeinträchtigt werde. Nicht darauf aber kommt es uns in erster Linie an, wie das Raß der Rechte unter Arbeiter- und Arbeitgebervertreter im Kassenvorstand verteilt ist, sondern darauf, daß die Verwaltung gut und zum höchstmöglichen Nutzen der Versicherten geführt wird. Das ist für uns das entscheidende Moment. Die Fürsorge aber für die Versicherten liegt auch nach der neuen Ordnung vorzugsweise in den Händen der Arbeitgebervertreter des Vorstands; ihre Mehrheit gibt nach wie vor den Ausschlag für die Höhe, die Art und den Umfang der Leistungen. Hiergegen tritt für uns jeder andere Umstand zurück. Und zum zweiten wiegen denn doch die Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung, so wenig sie an unsere Forderungen heranreichen, so schwer, daß eine ernsthafte Sozialpolitik, die stets nehmen muß, was sie unter den obwaltenden Umständen nur bekommen kann, nicht die Schuld einer Ablehnung auf sich laden darf, weil sehr beträchtliche Mängel und bedauerliche Flecken den Wert der Fortschritte verkürzen. Die Erweiterung des Versicherungskreises für Krankheit, die Hinterbliebenenversicherung, die Vereinheitlichung des Verfahrens, die örtliche Zentralisation können wir nicht aufs Spiel setzen, selbst wenn wir uns über die kümmerlichkeit der Landkrankenkassen, die Unzugänglichkeit der Gehaltsgrenze und die Schmalheit der Witwenrenten völlig klar sind. Mit diesem Verhalten bleiben wir nur unserer Tradition praktischer Sozialpolitik treu. Wir wünschen also die Annahme der Reichsversicherungsordnung im Reichstag.“

Unser Interesse an der Handwerkskunst.

Auf der Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Münster 1910, lautete ein Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeiterschaft und die künstlerische und technische Entwicklung im Holzgewerbe.“ Die Behandlung dieser Frage zeigte, daß der Zentralvorstand einen guten Griff mit dem Verhandlungsgegenstand gemacht hatte. Allseitig wurden die gemachten Ausführungen auf dem Verbandstage begrüßt, und weckten sie in den Zahlstellen ein lautes Echo.

Immer mehr bricht sich in den Kollegenkreisen die Erkenntnis Bahn, daß eine Gewerkschaft, wie sie unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter darstellt, das berufliche Leben nicht nur nach dem derzeitigen Stand der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu würdigen hat. Die Grundlage eines guten Lohn- und Arbeitsverhältnisses ist schließlich nicht nur eine starke Organisation, sondern auch der Beschäftigungsgrad im Gewerbe und dessen Absatzmöglichkeiten. Eine starke Arbeiterorganisation kann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewiß beeinflussen, was sie aber nicht kann, das ist, in Zeiten der Wirtschaftskrise die für die Arbeiterschaft errungene günstige Position ohne jede Einbuße zu behaupten. Arbeiterentlassungen, Arbeitszeitverkürzungen und den dadurch bedingten Lohnausfall, kann die Gewerkschaft in solchen Zeiten nicht hintanhaltend. Nicht nur für das gesamte Wirtschaftsleben kommen solche Zeiten, sondern auch für einzelne Berufe. Allgemeine Wirtschaftskrisen und Gewerkekrisen aber wirken in gleich ungünstiger Weise auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ein.

Unser Interesse an einer Hebung des Gewerbes durch einen stetigen guten Absatz der Gewerbe-Erzeugnisse ist so nicht zu leugnen. Und schadet nicht nur eine ausländische

Konkurrenz, die billiger produziert als die deutsche, sondern auch der deutsche Unternehmer, der bei traufreicher Materialvergeudung Massenware auf den gewerblichen Markt wirft, deren Quantität über den normalen Bedarf des Marktes hinausgeht. Wohl soll die Konkurrenz in der Quantität der Erzeugnisse dazu dienen, die im Gewerbe vorhandenen Kräfte anzuspornen, neue Absatzmöglichkeiten zu suchen und durch deren Erwerbung das Gewerbe zu fördern. Nicht aber soll die Produktion eine derartige sein, daß selbst bei angespanntester Tätigkeit für die Massenerzeugung ein Abgabegbiet nicht mehr zu finden ist. Allzuviel ist vom Uebel, weil so das ganze Gewerbe erschüttert wird und insbesondere für die Arbeiterschaft nach wenigen „fetten Jahren“ recht viele „magere Jahre“ kommen.

Es sind so zunächst rein egoistische Triebkräfte, die uns Holzarbeiter veranlassen, über das Lohn- und Arbeitsverhältnis hinauszuschauen. Wir blicken weiter, um das zu sichern und zu vervollständigen, was uns die Gewerkschaft erreichen ließ und noch zu erreichen hoffen läßt. Die Quantität der gewerblichen Arbeit ist eben ein grundlegender Faktor für die Stabilität unserer Erwerbsverhältnisse. Wir wenden ihr unser Augenmerk zu aus eigenem materiellem Interesse. Doch in direkter Weise die Quantitätsarbeit des Gewerbes zu beeinflussen, dafür ist die Gewerkschaft nicht die geeignete Organisation. Selbst im sozialdemokratischen Lager ist man weit davon entfernt, der Gewerkschaft jene Aufgabe zuzuwenden. Die Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die Produktion statt für den Markt, für den Bedarf, erstrebt man nicht durch die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation, sondern durch die Eroberung der politischen Macht. In grundsätzlicher Ablehnung der sozialdemokratischen Utopien erkennen die christlichen Arbeiter dem Staate das Recht zu, mit seinen Machtmitteln regulierend die gewerbliche Produktion zu beeinflussen. Zuviel erwarten wir in dieser Beziehung vom Staate jedoch nicht; viel mehr aber von der Einsicht der gewerblichen Unternehmer, die in erster Linie die Aufgabe haben, für die Gesunderhaltung des Gewerbes zu wirken und die in direkter Weise den Gang der Dinge beeinflussen können.

In der direkte Einfluß der Gewerkschaft auf die Quantitätsproduktion des Gewerbes fast völlig ohne Belang, so kann doch sehr viel tun, um indirekt die Grundlagen des Arbeitsverhältnisses zu festigen. Durch ihre und ihrer Mitglieder Einwirkung auf die Qualität der Gewerbeerzeugnisse können jene Gefahren für die Arbeiterschaft beseitigt oder wenigstens gemindert werden, die ihr aus der Quantität der Gewerbeerzeugnisse erwachsen. Bleiben wir bei der ursprünglichen Aufgabe der Gewerkschaft, der Verbesserung und Güntigerhaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so leben wir auch hier, daß es ebenfalls wieder gewerbeegoistische materielle Gründe sind, die uns veranlassen müssen, die Qualitätsarbeit unseres Gewerbes zu fördern. Nicht die Massenproduktion wird dem deutschen Gewerbelebe von dauerndem Nutzen sein. Andere kulturell aufstrebende Nationen können sich mit ihrem starken Nachahmungstrieb recht bald jene mechanische Geschicklichkeit aneignen, die zur Herstellung von maschinenmäßig hergestellter Massenware erforderlich ist. Sie können dabei billiger produzieren, weil die Untkosten für Rohmaterial und Arbeitslöhne mit den bei uns üblichem Maße nicht gemessen werden können. Der Kuli, der Säcke trägt, leistet schließlich die gleiche Arbeit, wie der deutsche Sackträger; nur besteht der Unterschied, daß der Kuli mit weniger Lohn zufrieden ist und nicht die Ansprüche ans Leben stellt, wie sie der deutsche Arbeiter zu stellen gewohnt ist. Die deutsche Industrie wird auf die Dauer wirtschaftlich nur dann auf der Höhe bleiben können, wenn sie Qualitäts-erzeugnisse herstellt. Der deutsche Arbeiter wird sich das merken müssen. Auch ihm erwächst die Pflicht, vorwärts zu streben, in seinem Fache etwas tüchtiges, Qualitätsarbeit zu leisten. Ist's nicht schon heute so, daß der handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter dort den besten Lohn verdient, resp. dort die stabilsten Arbeitsverhältnisse vorfindet, wo die beste Arbeit hergestellt wird? Freilich, es gibt Ausnahmen, wo die Herstellung der Massenware ihren Mann noch besser lohnt. Wie lange aber wird das dauern? Die größtmögliche Arbeitsteilung erleichtert das Einarbeiten, und bald treten an Stelle der gelernten Arbeiter ungelernete, die die gleiche Arbeit herstellen bei niedrigeren Löhnen.

Fragt sich nur noch, wer denn die Qualitäts-erzeugnisse des Holzgewerbes kaufen soll. Die Masse des Volkes verlangt Billigkeit und das ist eine Eigenenschaft, die mit dem Qualitäts-gedanken scheinbar nicht harmoniert. Da ist einmal festzustellen, daß es das produzierende Gewerbe selbst vermag durch die Formenschnöcke seiner Erzeugnisse, bei den Käufern den Sinn für das Formengute zu heben. Mit dem Verschwinden der Bedürfnislosigkeit der Massen inbezug auf Formenschnöcke wird aber parallel gehen ein wachsendes Verständnis für Materialechtheit und die werkmäßige Herstellung eines Erzeugnisses. Und das das bessere, daher im Kauf teurere Erzeugnis, im Gebrauch das haltbarere und daher das

billigere ist, wird die Masse der Käufer immer mehr einsehen und muß sie einsehen. Die Aufklärung, die diesbezüglich von den interessierten Gewerkschaften geleistet wird, ist keine müßige Zeitverschwendung, sondern hochlohnende Gewerbe- und im weiteren Sinne auch Kulturpolitik.

Von der Qualitätsarbeit profitiert die ganze schaffende Welt. Das Gewerbe als solches wird ertragreicher; es lohnt sowohl den Arbeiter als auch den Betriebsinhaber besser, weil letzten Endes Qualitätsarbeit Persönlichkeitsarbeit ist, die nicht karrenweise auf den Markt gefahren werden kann und dort nicht, aus Angebot und Nachfrage heraus, die Existenzbedingungen der arbeitenden Welt zum Spielball der profitgierigen Launen Einzelner machen kann. Gelingt es, die Masse des Volkes zu überzeugen, daß sie bei teurem Einkauf der Qualitätswaren besser fährt, als bei dem billigen Einkauf der Massenware (an dem Erfolg der Leberzeugungsarbeit ist wohl kaum zu zweifeln), dann gewinnt das Gewerbe auch insofern, als der Materialverschwendung für alles Schundzeug ein Ziel gesetzt wird. Materialverschwendung aber bedeutet Verteuerung und keine Einschränkung wird, wenn auch keine Verbilligung des Materials herbeiführen, denn doch das Steigen der Preise zum Stillstand bringen. Materiell gewinnen unzweifelhaft alle Interessierten. Verlieren wird nur jener Kapitalist, der dann die Anspruchlosigkeit und Urteilsunfähigkeit der Massen, die Verständnislosigkeit der Arbeiter für die gewerbliche Entwicklung und das Stumpertum im Handwerk vermisst.

Was uns die Qualitätsarbeit an ideellen Werten bringt, übertrifft noch den materiellen Gewinn. Nur eins so vor genannt: ihr Einfluß auf die Arbeit als Kulturbedeal! Dem Menschen, dem die Arbeit ein Stück Lebensinhalt ist, verflärt sie das Leben, weil er erst durch sie sein ganzes Innere wiedergeben und zu allen, die seine Persönlichkeitsarbeit sehen, reden kann, wie er denkt und empfindet. Wir streben ja als Gewerkschaftler nach höherem materiellen Erfolg, aber als Menschen sind wir keineswegs von dem materiellen Erfolge befreit. Wir bedürfen Ideale, die unserem Leben wahren Inhalt geben und eines dieser Ideale ist die Arbeit, deren Produkt der Arbeiter den Stempel seiner Persönlichkeit geben kann.

Gründe genug, die dafür sprechen, daß sich auch eine Gewerkschaft um die Gewerbeentwicklung zu kümmern hat. Nicht nur die Lohnpolitik ist Gewerkschaftsgebiet, sondern auch die Gewerbeentwicklung. Letztere nur nicht in dem Sinne, daß die Gewerkschaft sie in der Lohnpolitik richtunggebend sein will, sondern prüfend, wägend, fördernd und wenn's und wo's sein muß, hemmend. Wenn und freudig stellen sich die christlichen Gewerkschaftler zur Verfügung, wenn sie eine allen nutzende Sache anregen, unterstützen und fördern können. Das beweisen jene beiden Ausstellungen, die in M. Glöckner und Gelsenkirchen veranstaltet wurden, die den Zweck haben, den Herstellern gediegener Schreinerarbeit neue Abzageviele zu erschließen, den Arbeitermassen aber, die im ewigen Einerlei der Tagesarbeit geistig verkümmern, zu zeigen, daß die schaffenden Kräfte im Holzgewerbe, den angeblich Entbehrten, das Gute und Schöne aus ihren Werkstätten nicht vorenthalten.

Zur Unfallverhütung bei der Holzbearbeitung.

T. Dem Bestreben nach möglicher Minderung der besonders großen Gefahren an einfachen und kombinierten Abriemaschinen, an denen Bierkantwellen bisher üblich waren, gelang es in den letzten Jahren, runde Konstruktionsarten für die Messerwellen zu schaffen, die den sonst zwischen Tischplatte und Messer überaus gefährlichen freien Raum verdrängen, in den die Finger des Arbeiters leicht eindringen konnten.

Die Unfälle an Bierkantwellen haben regelmäßig Zerstümmerung und schwere Luesion der Handmengen, sogar ganzer Hände und Arme mit nachfolgender Amputation der verletzten Glieder zur Folge. Die Sektion II der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft (Breslau) bezieht: den Schaden aus Unfällen an Bierkantwellen in den Jahren 1907 bis 1909 auf 93.000 Mk., der ihr bei Beschaffenheit von Rundwellen erspart geblieben wäre. Es befanden sich 1909 in ihrem Bezirk leider noch 520 Bierkantwellen gegen 960 Rundwellen im Betriebe. Hieraus läßt sich ein Schluß auf die große Verbreitung der gefährlichen Bierkantwellen im ganzen Reich ziehen.

Die den Unternehmern nach § 120a der Reichsgewerbeordnung allgemein auferlegte Pflicht, die erforderlichen Schutzmaßnahmen gegen Unfälle in ihren gewerblichen Betrieben zu treffen, gibt der Gewerbeaufsicht nach den für 1910 vorliegenden Jahresberichten der Rgl. Preuss. Regierung- und Gewerbeämter Anlaß, der im Hinblick auf die Rundwellen erprobten Verbesserung der Betriebssicherheit nunmehr Geltung zu verschaffen.

Die Rundwellen haben sich weiterhin in Fällen der Gefahr zu bewähren. Bei ihnen verursachen die Unfälle nur leichte Fleischwunden (Grat). Eine Reihe von Verletzungen, die an Abriemaschinen vorgekommen sind, würden wohl schwerer ausgefallen sein, wenn die Messerwellen nicht mit runden Messerwellen ausgerüstet gewesen wären (Süderburg und Zabel). Die Anwendung der runden Messerwellen hat die schweren Unfälle herabgemindert (Danzig). Ihre Einführung macht weitere Fortschritte (Graf, Danzig) und ist erfolgt im Kammerbezirk Breslau in 60, im hildesheimer Bezirk in 50 Fällen. Im Bezirk Posen wurde mit Nachdruck auf Ertrag der Bierkantwellen durch Rundwellen gedrungen.

Die Einführung der Rundwellen, die sich als eine ideale Schutzmaßnahme (Amberg) und möglichst wirkende Maßnahme (Breslau) bewährt haben, sind aber noch immer auf Schwierigkeiten und Lücken bei einzelnen Fällen und durch polizeiliche Verfügungen erreicht werden, die auch in

Münster nach eingetretenen Verletzungen durch Bierkantwellen veranlaßt worden sind.

Bericht Breslau ferner, daß für die Anordnung der Rundwellen meist die Befehrlung und der Hinweis auf die drohende strafrechtliche Verantwortung genügt, so ist doch bereits bei Verfall ein Unternehmer im Bezirk Danzig, dem die Beschaffung einer runden Messerwelle wiederholt angeraten war und an dessen Abriemaschine mit Bierkantwelle ein schwerer Unfall eintrat, wegen fahrlässiger Körperverletzung mit 50 Mark bestraft worden und hat zu erwarten, daß er noch von der Berufsgerichtshaft haftbar gemacht wird. Ebenso wurde ein Möbelfabrikant in Schleswig, welcher trotz polizeilicher Verfügung sich weigerte, die Bierkantwelle durch eine runde zu ersetzen, vom Schöffengericht zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Den Unternehmern war in Gumbinnen und Allenstein die Anschaffung von runden Messerwellen dringend empfohlen worden und wurden in 5 Fällen erst angebracht, nachdem sich schwere Unfälle an den Bierkantwellen ereignet hatten.

Die runden Wellen, wenn sie ihren Zweck als Sicherheitswellen erfüllen sollen, müssen massiv, ganz aus Stahl gefertigt oder durch Eisenauflagen rund gestaltet, auf die Messer so befestigt sein, daß letztere nicht herausgeschleudert werden können. Minderwertige Fabrikate sind gefährlich. Aus Danzig wird berichtet, daß an einer neubeschafften Maschine schon nach achttägigem Gebrauche Befestigungsstücke abflogen, die in der Werkstatt viel Schaden anrichteten. Besonders die Schraubengewinde waren recht nachlässig ausgeführt. Die später eingebaute Carlens'sche Welle arbeitet tadellos.

Außer Ernst Carlens in Nürnberg befaßen sich auch andere Maschinenfabriken mit Herstellung geeigneter Rundwellen. Gewissenhafte Fabrikanten liefern ihre betreffenden Maschinen nur noch mit runden Sicherheitswellen. Bei Neuanlagen wird sie die Gewerbeaufsicht von vornherein fordern. Trotzdem wird, solange die Rundwelle nicht obligatorisch in allen Unfallverhütungsvorschriften vorgeschrieben ist, noch immer versucht, die überaus gefährlichen Bierkantwellen an den Mann zu bringen. Von deren Beschaffung erfährt der Gewerbeaufsichtsbeamte dann erst bei den Betriebsrevisionen, wo in bestehenden Betrieben die Unternehmer sich die neuen Maschinen im Laufe der Zeit noch zulegen und die Bierkantwellen ausschrauben lassen. Wiesbaden berichtet, daß namentlich in kleinen Motorwerkstätten die allgemeine Einführung der Rundwelle dadurch erschwert wird, daß die Handwerksmeister aus Mangel an Mitteln alte Maschinen anzuschaffen pflegen, deren Umänderung zu große Kosten erfordert.

Die möglichst baldige allgemeine Ausrüstung der fraglichen Maschinen liegt aber im Interesse aller Beteiligten und können die Kosten hierfür, die sich bei mittelstarken Maschinen zwischen 70 und 120 Mk. bewegen dürften, kein Hindernis bilden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 19. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Mai fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erhalten folgende Zahlstellen:

- 20 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 70 Pfg.) Amberg.
- 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 55 Pfg.) Greifath.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt für die Zahlstellen ein Flugblatt bei: „Freie Gewerkschaften — Zutreiber der Sozialdemokratie“. Nachbestellungen können bei der Geschäftsstelle des Verbandes erfolgen.

Zur Erleichterung des schriftlichen Verkehrs mit der Zentralkasse ist es unbedingt notwendig, daß die Zahlstellenverwaltung die „Anweisungen“ Seite 10, „Verkehr mit der Zentralkasse“ besser beachten.

Materialbestellungen richte man stets so aus, daß sie bis spätestens Dienstag abends im Besitze der Zentralkasse sind. Das Verlangte kann dann nach mit der Zeitung verhandelt werden und wird so manche Arbeit und viel Porto gespart.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Jaja; ist ferngehalten von

- Schreiner und Maschinenarbeiter: Siegnitz; Kellheim i. E. Neu-Zienburg (R. A. Wittig), Worms, Fulsda, Münster i. W., Steiberg Hb., Dietershüt (Schweig).
- Gesamtschreiner: Barmen-Elberfeld.
- Begleiter und Schreiner: Köln-Schrenfeld (Waggonfabrik), Hagen (Waggonfabrik).
- Büchsenmacher: Rißer-Rißerhammer (Bock & Co.).
- Büchsenmacher: Bonn (Kühling).
- Stahlmacher: Weingheim.
- Werkstatthalter aller Berufe: Danzig und Elbing (Schichau).

Zum Tarifabschluß in Münster. Während der lokale Arbeiterverband den neuen Vertrag als bindend anerkennt hat, ist jetzt lehrer's der Junnung zum zweiten Male die Ablehnung des Vertrages erfolgt. Nur die Lohnkommission der Junnung hat den Vertrag anerkannt. Die Junnung scheint es also auf den Kampf ankommen zu lassen. Da ein Betrieb

bereits seit acht Tagen gesperrt ist, so ersuchen wir, den Zugang von Kollegen fern zu halten. Die Betriebe, in denen die vertraglichen Bedingungen anerkannt sind, werden jedenfalls ein Interesse daran haben, daß auch die andern zur Einhaltung des Vertrages gezwungen werden. Unsere Kollegen in Münster aber bitten wir, strikte auf die Einhaltung des Vertrages zu achten und etwaige Weigerungen sofort bei der Lokalverwaltung zu melden.

Tarifabschluß in Mainz. Die am Dienstag den 2. Mai stattgefundene Versammlung der Kollegen lehnte gleichfalls wie die Vertrauensmännerversammlung die Zugeständnisse der Arbeitgeber ab und beschloß, wenn bis Donnerstag mittag keine weiteren Schritte seitens der Unternehmer geschehen würden, die geeignet seien, eine Einigung herbeizuführen, den Kampf aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde den Arbeitgebern mitgeteilt. Bereits am Mittwoch nachmittag erklärten sich die Arbeitgeber bereit, in weitere Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen wurden am Donnerstag vormittag wieder aufgenommen und waren bis zum Nachmittag bereits beendet. U. a. wurde ein Mindestlohn von 46 Pfg. für Schreiner und 48 Pfg. für Maschinenarbeiter festgelegt, ferner eine Lohnerhöhung von 6 Pfg., eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und Einführung einer Schlichtungskommission. Die Lohnzulagen geschehen wie folgt: Am 1. Juni 1911 2 Pfg.; am 1. April 1912 2 Pfg.; am 1. Oktober 1913 1 Pfg. durch Lohnausgleich, da von da die Stunde Arbeitszeitverkürzung in Kraft tritt; am 1. April 1914 1 Pfg. Der Mindestlohn steigt im Verhältnis der Lohnerhöhung und erreicht am 1. April 1914 50 Pfg. Hierbei ist besonders zu beachten, daß bis jetzt kein Mindestlohn bestand, überhaupt von einem eigentlichen Tarif nicht gesprochen werden konnte. Der Tarif tritt am 1. Juni 1911 in Kraft und gilt bis 1. April 1915. Der Hauptstreitpunkt war die Schlichtungskommission. Durch die Arbeitszeitverkürzung verringert sich die Arbeitszeit auf 53 Stunden. Der Vertrag lehnt sich im allgemeinen an das Vertragsmuster für das deutsche Holzgewerbe an. Das Ertragsniveau ist um so wertvoller, als dieser Erfolg ohne Kampf erzielt wurde und endlich geordnete Verhältnisse Platz greifen können. In den Mainzer Kollegen liegt es nun, diese Ertragsleistung dauernd hoch zu halten und den Verband weiter auszubauen. Seien wir dessen stets eingedenk und handeln wir darnach!

Tarifabschluß in Osnabrück. Da bei den zentralen Verhandlungen in Berlin für Osnabrück ein Tarifvertrag nicht zustande kam, war ein Teil der Kollegen gezwungen, zur Erreichung geordneter Arbeitsverhältnisse in den Ausfall zu treten. Nach siebenwöchentlichem Streik wurde am 3. Mai ein Tarifvertrag getätigt. Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt z. Bt. 56 Stunden, vom 1. Oktober 1911 ab 55 Stunden. Die gekürzte Stunde wird auf den Sonnabend gelegt. Vom 1. Oktober 1914 ab beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 54 Stunden. Die tägliche Arbeitszeit beginnt 7 Uhr vormittags und endet 6 Uhr nachmittags. Der Stundenlohn soll während der Vertragszeit (15. Februar 1911 bis 15. Februar 1915) um 6 Pfg. erhöht werden. Die Verteilung der 6 Pfg. geschieht in folgender Weise: Im Jahre 1911 tritt vom Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit ab eine Lohnerhöhung von 2 Pfg., vom 1. Oktober eine weitere Erhöhung von 1 Pfg. ein. Die Erhöhung von 1 Pfg. gilt zugleich als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde. Im Jahre 1912 erfolgt am 15. Februar eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. und am 1. Oktober eine weitere Lohnerhöhung von ebenfalls 1 Pfg. Im Jahre 1913 erfolgt keine allgemeine Lohnserhöhung. Die letzte Lohnerhöhung um 1 Pfg. tritt am 1. Oktober 1914 ein und gilt auch als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Akkordlöhne sollen ebenfalls, und zwar entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne, erhöht werden.

Bemerkenswert ist noch die von den Vertragsparteien getroffene Vereinbarung, an der Eindämmung der Schmutzkonkurrenz gemeinsam zu arbeiten. Diefem Zwecke soll ein zu bildendes Tarifamt dienen.

Tarifabschluß in Dülmen. Zwischen der Tischlerinnung zu Dülmen und dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter wurde am 6. Mai ein Tarifvertrag für das Tischlergewerbe auf drei Jahre abgeschlossen. Nach diesem Vertrage werden die Stundenlöhne der Schreinergehilfen um 4 Pfg. erhöht; der Durchschnittslohn steigt von 40 auf 44 Pfg. pro Stunde. Der Vertrag ist auf der Grundlage des für das rheinisch-westfäl. Industriegebiet maßgebenden Vertragsmusters abgeschlossen. Danach werden Ueberstunden mit 10 Pfg., Nachtarbeit mit 50 Prozent und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Aufschlag vergütet. Ebenso sind Montagearbeiten nach den üblichen Bestimmungen geregelt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten ist eine Schlichtungskommission eingesetzt. Falls diese den Streit nicht schlichten kann, entscheidet das für das Schreinergewerbe bestehende Einigungsamt in Essen.

Der Streik in Hohenheim ist beendet. Die Meister haben die Forderungen der Gehülfen glatt bewilligt.

Der Streik der gesamten Arbeiterschaft der Waggonfabrik in Köln-Schrenfeld dauert unverändert fort. Ueber die Ursachen des Streiks ist bisher wenig in die Öffentlichkeit gekommen. Da aber jetzt die Direktion durch Herausgabe von schwarzen Listen gezeigt hat, daß sie den Kampf mit aller Schärfe führen wird, ist es wohl angebracht, auf den Laibstand der Arbeitniederlegung einzugehen. Schon 2 1/2 Jahre wird in diesem Betriebe pro Tag 9 Stunden gearbeitet, wogegen an und für sich niemand etwas einzuwenden hat. Die Arbeitszeit wurde damals wegen angeblichen Arbeitsmangel eingeführt. Zu gleicher Zeit erfolgten auch größere Arbeiter-Entlassungen. Die noch zurückbleibende Arbeiterschaft verpürte von Arbeitsmangel selbst weniger. Das Gelpens der Entlassung trieb die Arbeiter zur größtmöglichen Anstrengung ihrer Arbeitskraft an, und bald stand fest, daß man jetzt in den 9 Stunden dasselbe, ja oft noch mehr fertig brachte, als früher in 10 Stunden. Der Mangel an Arbeit fand gar kein Ende mehr. Die Unzufriedenheit wurde allmählich eine allgemeine. Dem verschiedentlichen Vorstelligwerden des Arbeiterausschusses um Beseitigung der mißlichen Verhältnisse

man nicht Rechnung. Die Direktion stellte sich auf den Punkt, daß ein Entgegenkommen ihrerseits die Existenz der Fabrik in Frage stellen würde. Aus den Geberichten der Firma glaubte die Arbeiterschaft jedoch zu lesen, daß eine Unterbindung der Existenzfähigkeit des Werkes durch die Erfüllung ihrer Wünsche noch gute Weile dauern würde. Die von den einzelnen Meistern den Arbeitern zuteil werdende Behandlung trug auch das Nötige dazu bei, daß der Unzufriedenheit voll zu machen. Die Arbeiterschaft ließ sich dann einig, mit der Forderung der Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit, einer 10prozentigen Lohnerhöhung dem Wunsch der wöchentlichen Freitagslösung an die Firma heranzutreten, was auch bald geschah. Von der Firma wurde die Forderung bis auf den als 3. Punkt in den Wunsch rundweg abgelehnt. Bei der vorgenommenen geheimen Abstimmung, zu der die über 800 Arbeitergehende Belegschaft fast vollständig erschienen war, wurde nur wenige Stimmen beschloffen, die Kündigung einzufordern. Ein Teil der Arbeiter, der glaubte, besser nicht machen, wurde darauf von seiten der Betriebsleitung abgewiesen. Die hier wohl selten zutage getretene Geschlossenheit der Arbeiter, die zu einem sehr erheblichen Teil im Besitz der Werkzeuge sind und sicher nicht um des Kampfes willen kämpfen, liefert wohl den besten Beweis, daß für die Arbeiter wohl Grund vorhanden war, die Forderung der Festlegung ihrer Arbeitszeit und Durchführbarkeit zu prüfen nicht kurzer Hand abzuweisen. Die Arbeiterschaft steht seit Jahren geschlossen im Streik und ist auch gewillt, diesen geschlossen weiterzuführen. Einem großen Teil der Arbeiter sind hier die Augen geöffnet worden. Gatten die sich doch niemals träumen lassen, einmal mit in den Lohnkampf ziehen zu müssen. Die früheren Einwände vieler Kollegen gegen die Organisation sind nun verstummt. Diese nun froh, wenn sie nicht mehr an jene Einwände erinnert werden. Die Kollegen anderorts mögen aber eben ihre Lehren aus dem Kampfe ziehen. Da der Kampf offensichtlich lange dauern wird, ist ein großer Teil der Arbeiter schon in andere Arbeit getreten. Wo den Kollegen günstige Stellen für Schreiner, Maschinenschreiner und Tischler bekannt werden, bitten wir, das sofort dem Kollegen J. Flohr in Köln-Schreierfeld, Venloerstraße 314, zu melden. Unser Verband ist mit 86 Kollegen am Kampfe beteiligt.

Der Streik in Fürth beendet. Während bei der diesjährigen großen Tarifbewegung in den meisten Städten ohne besondere Schwierigkeiten Verbesserungen der bestehenden Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden konnten, mußte in Fürth ein fünfwochenlanger Kampf geführt werden. Der Streik 1905 brachte nur für die Maschinenarbeiter eine Abmilderung, nach der die Löhne bis 1. April 1906 38 Pfg., 45 Pfg. und 45 Pfg. betragen sollten und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden. Doch wurde selbst dies nicht durchgehalten. Der eben beendete Streik brachte neben der Festsetzung der Mindestlöhne eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde und 8 Prozent für Akkordarbeit, sowie die Regelung der Zuschläge für Ueberstunden. Die Verteilung der Arbeitszeit, sowie der Verteilungsplan unterliegt dem Schiedspruch der beiderseitigen Zentralvorstände. Nach dem in Fürth eine Einigung nicht möglich war, fanden die Verhandlungen in Berlin statt. Die Mindestlöhne sind wie folgt festgesetzt: Möbel- und Bauerschreiner 44 Pfennig, Tischschreiner 42 Pfg., Kistenmacher 41 Pfg., Galanterie- und Spiegelglaser 38 Pfg., Möbelpolierer, Drechsler und Bildhauer 44 Pfg., Spiegelpolierer 42 Pfg., Vergolder 40 Pfg., Kröpfer 45 Pfg., Stuhlschreiner 42 Pfg., ungelernete Arbeiter 34 Pfg., Maschinenarbeiter 39, 43 und 46 Pfg. Die Löhne erhöhen sich sofort um 2 Pfg., mit Ausnahme der Kistenmacher, die erst am 1. März 2 Pfg. erhielten. Arbeiter unter 20 Jahren ist der Mindestlohn 5 Pfg. geringer. Im ersten Gesellenjahr unterliegt der Lohn der Vereinbarung. Für Ueberstunden bis 2 Stunden nach dem Schiedspruch werden 25 Prozent, für zwei weitere Stunden 50 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Außerdem sind für die einzelnen Branchen besondere Spartenverträge auszuarbeiten. Letztere müssen am 1. Juli erledigt sein. Der Schiedspruch über den Verteilungsplan der Zugeständnisse, die auch auf die Mindestlöhne Geltung haben, steht noch aus, doch ändert dies nichts an der Aufnahme der Arbeit. An unsere Kollegen liegt es, die nach schwerem Kampfe erzielten Errungenschaften auch zu erhalten und für den Ausbau der Organisation zu sorgen. Ein großer Teil von Holzarbeitern, besonders in den kleineren Betrieben, ist noch nicht organisiert; diese Kollegen für den Verband zu gewinnen, sei die nächste Aufgabe.

Lohnbewegungen in Bayern. Der Streik der Isolier- und Klempnerarbeiten in Lauf ist beendet. Unter Leitung des Werberates G. Ristenbräu fand am Samstag, den 6. Mai, in Nürnberg eine Einigungsverhandlung statt, die folgendes Resultat zeitigte: Die Arbeitszeit wird von 62 auf 59 Std. abgesetzt; der Lohn sämtlicher Arbeiter wird sofort um 2 Pfg. die Stunde erhöht. Der Akkordlohn erhöht sich um 10 Pfg. Es werden Mindestlöhne von 33-34 Pfg. eingeführt. Die Zuschläge bei Montagearbeiten wurden geregelt und sind für Sonn- und Feiertage zu bezahlen. Der Vertrag tritt bis 1. Mai 1913.

In Windischeschenbach haben die Kollegen der Firma E. Weger, 70 an der Zahl, die Kündigung eingereicht. Die Firma weigert sich, einen Vertrag einzugehen. Es wurden allerdings einige Zugeständnisse gemacht, die jedoch ohne Festlegung erst im August in Kraft treten sollen.

und nehmen es ihm nicht übel, wenn er das alte, krause, zu hunderten Malen wiedergekaute Zeug gegen die „Christen“ von neuem den geduldbigen Lesern der Holzarbeiterzeitung vorsetzt. Für solche „Geistesblitze“ haben unsere Kollegen nur ein mittelbichtiges Lächeln. Und daß die Herren wirklich Mitleid verdienen, beweist das Rechenexempel, das über die Zusammenfassung der von uns einberufenen Versammlung aufgestellt wird. Demnach nahmen „ganze 5 Schreiner“ an der Versammlung teil. Hier wurde offenbar durch die sozialdemokratische Brille gezählt oder man zählt die anwesenden sozialdemokratischen Schreiner wahrscheinlich zu den Hottentotten. Denn diese allein dürften die angegebene Zahl gestellt haben und brauchen die übrigen Schreiner nicht hinzugezählt zu werden. Im kleinsten Nörgeln sind ja manche „Genossen“ groß. Man wird sich aber inzwischen wohl überzeugt haben, daß die „Christen“ doch andere Menschen sind, als wie sie vielfach von unsern verantwortlichen sozialdemokratischen Maulhelden hingestellt werden. Wir werden später hierauf zurückkommen. Das blöde Geschwätz der Herrn „Genossen“ aber möge für unsere Kollegen ein Ansporn sein, in Gebweiler und Umgegend wie bisher weiter zu arbeiten. Es muß den Arbeitern klar gemacht werden, daß die Sozialdemokraten durch Hineintragen arbeiter-schädigender Momente in die Arbeiterbewegung, diese zum Schaden der Arbeiter zersplittern haben. Es muß den Arbeitern klar gemacht werden, daß man sich der Sozialdemokratie nicht an die Rockschürze zu hängen braucht, um die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Blumentals zu verbessern. Gerade in Gebweiler hat erst vor einiger Zeit ein hervorragender „Genossenführer“ bewiesen, daß sie vor der Schädigung des Arbeiterinteresses nicht zurückschrecken. Und wer ständig den Bruderkampf schürt wie die „Genossen“ es auch in hiesiger Gegend tun, der schädigt die Interessen der Arbeiter. Die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse müssen sobald als möglich gebessert werden. Dazu ist aber Einigkeit notwendig. Diese wird aber nicht gefördert, durch das Treiben der „Genossen“, durch Lamentieren über die „Christen“, sondern durch friedliches Nebeneinanderarbeiten. Mögen unsere Kollegen daher in diesem Sinne tätig sein. Auch der letzte Holzarbeiter des Blumentals muß aufgerüttelt und unsern Verbänden zugeführt werden. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse drängen auf Verbesserung. Und je eher die Arbeiter geschlossen da stehen, je eher wird eine durchgreifende Verbesserung möglich sein. Tue daher jeder Kollege in der Agitation seine Pflicht!

Duisburg. Eine Blamage für die freien Gewerkschaften Duisburgs war eine, am Sonntag, den 7. Mai im Wintergarten einberufene öffentliche Versammlung. „Christliche und gelbe Gewerkschaften“ lautete das Thema, über welches Herr — nicht „Genosse“ — Dr. Erdmann referieren wollte. Es hatten sich, um eventuelle Irrtümer, des „rühmlichst“ bekannten Dr. richtig zu stellen, circa 400 christliche organisierte Kollegen eingefunden. Eine Stunde nach angelegter Zeit erhob sich der rote Kartellsekretär Kunkel und spricht die übliche Einleitung: „Ich eröffne die Versammlung des freien Gewerkschaftskartells und erteile das Wort dem Herrn —“. Unser Kollege Nolthäuser: „Zur Geschäftsordnung.“ — Kunkel: „Eine Geschäftsordnung gibt es hier nicht.“ — Kollege Wernerus: „Bitte eine Anfrage.“ Kunkel: „Eine Anfrage gibt es hier nicht.“ Höri! Höri! Psst! Psst! „Zeiglinge“ lönt es aus einigen hunderte Kehlen. Kollege Wernerus: „Nachdem jede parlamentarische Ordnung so vergewaltigt wird und uns keine Garantie geboten ist, die Ausführungen des Herrn Referenten zu widerlegen, fordere ich die christlichen Kollegen auf, mit mir den Saal zu verlassen.“ Ueber 400 Teilnehmer erhoben sich wie ein Mann und donnern brause das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ durch den Saal. Dieses ist ein Bild von der so vielgepriesenen Freiheit in den roten Versammlungen. Ein Bild von der Freiheit im Zukunftsstaate. Nicht Freiheit, sondern Bergewaltigung. Nicht Gleichheit, sondern Knebelung. Nicht Brüderlichkeit, sondern Hoheit und Taktlosigkeit. Das sind die Ideale des Zukunftsstaates. Unsere Kollegen zogen dann zum Arbeiterheim und konstituierten eine Protestversammlung, welche einen begeisterten, unangenehmen Verlauf nahm. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 7. Mai 1911 im Arbeiterheim tagende, von über 300 Personen besuchte Versammlung christlicher Gewerkschaftler nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem feigen Gebahren des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells bei der öffentlich angelegten Versammlung im Wintergarten.“ Es widerspricht allem parlamentarischen und zur Verteidigung zahlreich erschienenen Gegnern nicht einmal das Wort zu einer Anfrage zu gestatten. Weil die Genossen heute so vorgingen, haben sie das Recht verscherzt über christliche Gewerkschaften zu reden. Die Versammlung protestiert entschieden gegen die arbeiter-schädigende und zersplitternde Tätigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die sich dem Ganzen der Arbeiterfreiheit, der Sozialdemokratie als Schutzhüter voll und ganz verschrieben haben. Alle Arbeiter, die wirklich gewerkschaftliche Arbeit leisten wollen, müssen im Interesse ihres Standes den christlichen Gewerkschaften beitreten, die es bewiesen haben, daß sie erfolgreiche Standesarbeit leisten. Sie bieten auch den besten Schutz gegen sozialdemokratische Gewalttätigkeit und Arbeiter-schädigung.“

Und nun die Ruhanwendung aus dem geschichteten: Treten wir allenthalben heraus aus der Reserve. Nehmen wir den Kampf auf der ganzen Linie auf. Man fürchtet uns, aber mit leerem Redegeschwätz will man uns täuschen. Werbet, agitiert, Kollegen! Schließt die Reihen, damit wir überall macht- und kraftvoll da stehen, um den immer steigenden Terrorismus abzuwehren zum Besten unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Stellmacher.

Frankfurt a. M. In der vergangenen Woche fand eine Werkstattversammlung der Firma Krud, Wagenbauamt, Rainzerlandstraße, statt mit sehr kurioser Tagesordnung. Nämlich: Erhöhung der Akkordlöhne, zweitens: Die Einwanderung fremder Organisationen und deren Ausweisung! Unsere Kollegen, die zu der Versammlung geladen und erschienen waren, wunderten sich gar sehr, daß der erste Punkt der Tagesordnung so ungeheuer schnell erledigt war, der zweite Punkt dagegen eine außerordentlich hitzige Debatte brachte und die Versammlung sehr in die Länge zog. Zunächst lobte der Referent, der nebenbei gesagt, die rote Bildungs-Drillanstalt besucht hat, den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband derart, daß es selbst den eigenen Kollegen zuviel wurde. Dann kamen unsere Kollegen zum Wort. Kurz und bündig erklärten sie, daß zum Uebertritt keine Veranlassung vorliege, da der Referent ihnen nicht mehr gesagt hätte, als sie längst wußten; das Gute, was ihnen der sozialdemokratische Verband bieten könne, habe der christliche Verband viel mehr verschont, was der „freie“ Verband von seinen Mitgliedern erzwingt. Diese klare Antwort schien auch manchen „Genossen“ zur Einsicht zu bringen; denn einige äußerten, die Sache doch erst der Ortsverwaltung zu übergeben. Ruhte aber

nichts. Das ganze sozialdemokratische Kraftwörter-Verzeichnis wurde über unsere Kollegen ausgeschüttet, und dann folgender Beschluß gefaßt: Wenn bis Samstag die Christlichen nicht übergetreten sind, wird am Montag früh geschlossen die Arbeit niedergelegt! Unsere Kollegen verließen hierauf das Lokal unter Zurufen, die auf sozialdemokratischen Parteitagen üblich sind. Unsere Ortsverwaltung, die sofort von dem Beschluß verständigt wurde, suchte um eine Unterredung bei der Firma Krud nach. Unseren Kollegen wurde erklärt, daß noch keiner Organisation irgend welche Schwierigkeiten bereitet worden wären, und nach dem abgeschlossenen Tarifvertrag von einer Arbeitsniederlegung in diesem Falle gar keine Rede sein könne. Obwohl wir über die Tarif-treue der „Genossen“ in solchen Fällen unsere eigenen Gedanken haben, wollen wir in ihrem Interesse hoffen, daß die roten Wagner der Firma Krud den Beschluß nicht zur Ausführung bringen. Der ganze Nummel zeigt wieder einmal, mit welchen Gegnern wir es zu tun haben. Mögen die Herren nur damit rechnen, daß eine erprobte Kampftruppe christlich-nationaler Holzarbeiter sich dem roten Joch nicht beugt!

Düsseldorf. Endlich beginnt es sich auch unter den Wagenbauern ernstlich zu regen. Zu lange schon hat man den Dingen ihren Lauf gelassen, sich der eigenen Kraft durchaus nicht bewußt werdend. Wohl kaum ein anderer Beruf in Düsseldorf hat solche Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie im Wagenbauergewerbe an der Tagesordnung sind. Die zehnstündige Arbeitszeit in Verbindung mit der nötigen Anzahl von Ueberstunden (diese ohne Zuschlag), ist einem fortgeschrittenen Gewerbe wie es das unsere ist, durchaus nicht würdig. Trotzdem ist es verwunderlich, wie es noch Kollegen geben kann, die die Fortschritte anderer Städte und anderer Berufe mit ansehen können, ohne Hand anzulegen und mit in die Reihen der Gewerkschaftskämpfer zu treten. „Wie man sich bettet, so liegt man“, das trifft hier voll und ganz zu. Die Löhne von 40 Pfg. bei den Stellmachern und Schmieden, 35 und 38 Pfg. bei den Sattlern und Lackierern reden eine zu deutliche Sprache. Um auch einmal einen Schritt nach vorwärts machen zu können, sind in einer Reihe von Vorbereitungen und Versammlungen die an die Meister zu stellenden Forderungen beraten worden. Eine öffentliche Versammlung beschloß die Forderungen an die Wagenbauern durch die Organisationen einzureichen. In Frage kommen außer unserer Sektion noch der christl. Metallarbeiterverband und die „freien“ Verbände. Wenn jemand den Zweck der Organisation erkannt hat und von deren Notwendigkeit überzeugt ist, dann sind es die Meister in Düsseldorf, die sich in einer Wagenbauer-Zwangsunion vereinigen. Hoffen wir, daß das Gleiche jetzt auch bei den Gesellen der Fall wird, und bald kein Unorganisierter mehr vorhanden ist. Darauf hinzuwirken muß das Bestreben jedes heute schon organisierten Gesellen sein, damit die Bewegung zu einem guten Ende geführt werden kann.

Modell- und Fabrik-Schreiner.

Düsseldorf. Gut besucht war unsere Versammlung vom 7. Mai. Es schien als ob der an diesem Sonntag abgehaltene Blumentag sein Teil mit dazu beigetragen hätte, die Kollegen einmal vollständig zur Versammlung zu bringen. — Besser hätten sich die Kollegen am Samstag den 6. Mai in Venrath einfinden können; die Modell-Schreiner in der Venrath Maschinenfabrik, die nun mit den Werken in Weiler und Duisburg zu einem großen Betrieb sich vereinigte, sind da etwas anderer Meinung gewesen als die Düsseldorf der d. h. in Bezug auf die Notwendigkeit des Besuchs der Versammlung. — Kollege Schick-Boschum hatte für die beiden Versammlungen es übernommen, die Ziele unserer Berufsorganisation klar zu legen! Einmütig waren denn alle Kollegen in der folgenden Diskussion zunächst der Meinung, daß für sie als Organisation nur der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in Betracht kommen könne. Ueberzeugt von den hohen Aufgaben der Organisation, waren sich die Kollegen klar, daß wir das gesteckte Ziel auch erreichen und Aussicht auf Erfolg haben würden, wenn wir nur selbst Hand anlegen wollten. Neue wichtige Arbeiten sollen deshalb in der allernächsten Zeit in Angriff genommen werden, einmal um das Interesse an der Sektion zu heben, das andere Mal um auch auswärts weitere Fortschritte zu machen. Eine bessere Führungsnahme unter den einzelnen Sektionen soll Platz greifen und zu diesem Zweck ist angeregt worden, einmal die Sektionsleiter aus dem Industriegebiet zu einer Besprechung zusammenzuführen. Auf jeden Fall ist es ein frischer lebhafter Zug, der durch die Reihen der Kollegen geht, der den guten Willen zur Mitarbeit erkennen läßt.

Sterbefaßel.

Christoph Reth, Korbmacher, gestorben zu Saffanfahrt.
Karl Dürhammer, Schreiner, gestorben zu Essen-Ruhr.
Otto Borwerk, Tischler, gestorben zu Priekus.
Franz Wagenberger, Schreiner, gestorben zu Landshut.
Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Wie der „große Bruder“ rechnet.

Die große Beachtung, die dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter Deutschlands in jüngster Zeit von der sozialdemokratischen „Holzarbeiter-Zeitung“ zuteil wird, deutet darauf, daß der „Kleine Bruder“ dem Ansehen des „großen Bruders“ im Wege ist. Es muß deshalb alles getan werden, damit der „Kleine Bruder“ in „die Ecke“ kommt. Dienlich dünkt dazu ein Vergleich der Unterstützungsaufgaben und der Verwaltungskosten des christlichen und des sozialdemokratischen Verbandes. Also beginnt man: Der sozialdemokratische Verband leistet im Ganzen an Arbeitslosen, Kranken, Streik- u. Unterstützung 30 und 300; das macht 1) pro Mitglied, das der Verband zählt, sowie 2) für jede Mark an Beiträgen, die der Verband eingenommen, die und die Summe. Dasselbe Rechenexempel mit den Zahlen des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter angestellt, ergibt 1), daß der christliche Verband insgesamt nicht die hohen Summen erreicht; 2) weniger pro Verbandsmitglied und 3) auch weniger pro Mark der vereinnahmten Beiträge an Unterstützungen auszahlt. Ueberlegen soll der christliche Verband jedoch sein hinsichtlich der Ausgaben für Verwaltung und Agitation 1) pro Mitglied, 2) pro vereinnahmte Beitragsmark. Zurücksteht der christliche Verband hingegen wieder bei der Mitgliederzunahme im Jahre 1910; d. h. wenn die berühmten Promitglieder und Promarken nicht in Berücksichtigung gezogen werden. Die Rechnungsmethode des „großen Bruders“ ist Taschenrechner, darauf berechnet, denjenigen „Genossen“, die nicht

Berichte aus den Zahlstellen.

Gebweiler. Unsere Erfolge in Gebweiler und Umgegend bei den „Genossen“ eine Verwirrung hervorgerufen, die gar bis nach Wülhausen reicht. So glaubt ein Wülhauser „Genosse“ in der roten „Holzarbeiter-Zeitung“ seinem gepressten Urgeiz Luft machen zu müssen. Wir verstehen seinen Schmerz

alle werden, die be-rühmte Tugend nicht zu rauben. Mit Hilfe der Dummheit seiner Gläubigen glaubt sich der Verfasser des Artikels in Nr. 18 der „Holzarbeiter-Zeitung“, „Die leistungsfähigste Organisation in der Holzindustrie“ durchslagen zu können. Nehmen wir ihn mal dazwischen:

Um zu erkennen, was der Verband für seine Mitglieder an Unterstützungen leistet, kann nur die Summe gezählt werden, die im einzelnen Unterstützungsfälle den betroffenen Mitgliedern zukommt. Nach dem Statut leistet der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in jedem Unterstützungsfalle mindestens die gleiche Unterstützungssumme bei ebenso konstanten Bedingungen für den Empfänger, als der „große rote Bruder“. Darüber streift die „Holzarbeiter-Zeitung“ auch nicht mit uns, weil sie weiß, daß sie den kürzeren dabei zieht. Auf andere Weise hofft sie uns besser bekommen zu können. Greifen wir das markanteste Beispiel, die Arbeitslosenunterstützung, heraus:

Pro Mitglied hat der sozialdemokratische Verband im Jahre 1910 an Arbeitslosenunterstützung 605,2 Pfennig, der christliche Verband aber nur 192,3 Pfennig, also nicht einmal den dritten Teil gezahlt. Daraus soll sich ergeben, daß der einzelne arbeitslose Kollege im christlichen Verband nicht eine so hohe Unterstützung erhält als im sozialdemokratischen Verband. Die Rechnung ist total falsch. Wichtig ist nur, daß die Mitglieder des sozialdemokr. Verbandes öfters arbeitslos werden als die des christlichen Verbandes. Im Jahre 1910 hatte der sozialdemokratische Verband auf 100 Mitglieder 19,4 Arbeitslosenfälle, der christliche Verband hingegen nur 8,3, das ist nicht die Hälfte. Mit dem Prunkten der „Genossen“, ihre Mitglieder seien nur durchaus tüchtige Kräfte und sehnten sich die Arbeitgeber nur so nach diesen, während die Christlichen in ihrem Haß Stümper seien (vergleiche den Fall Pauly-Söln), steht jene Tatsache in sehr auffälligem Widerspruch. Wie dem aber auch sei, die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter können jedenfalls nichts dazu, wenn die „Holzgenossen“ trotz der gerühmten Sachlichkeit so oft und so andauernd arbeitslos werden. Sie können auch nichts dafür, wenn der rote Verband seine arbeitslosen Mitglieder schlechter unterstützt als der christliche Verband. Im Jahre 1910 waren die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes an 542 361 unterstützungsberechtigten Tagen arbeitslos, ausgezahlt wurden für diese Tage 938 760,02 Mk. Pro Tag ergibt das eine Arbeitslosenunterstützung von 1,29 Mk. Der christliche Verband zahlte für 17 602 Tage Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 25 781,29 Mk. aus; mithin pro Tag 1,47 Mk. Der christliche Verband zahlte also pro Arbeitslosentag 18 Pfg. mehr als der rote Verband. Diese Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen. Es ergibt sich so:

- 1) Der christliche Verband unterstützt seine arbeitslosen Mitglieder besser als der sozialdemokr. Verband.
2) Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit im sozialdemokratischen Verbands größer.

Das beweist, daß die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter im Unterstützungswesen nicht die Hauptaufgabe ihrer Organisation erfüllen, daß sie fastlich tüchtig sind und sich deshalb mehr in guten Betrieben halten, daß sie, falls sie arbeitslos werden, sich bald wieder um andere Arbeit bemühen, damit dem Verbands nicht zur Last fallen und beweisen, daß sie mit sehr vielen Mitgliedern des sozialdemokr. Verbandes nicht auf eine Stufe gestellt sein wollen. Trübt sie aber ein Mißgeschick, dann finden sie bei ihrer Organisation bessere Hilfe als bei den roten Alterskassenbesessern.

Genau so wie mit der Arbeitslosenunterstützung geht's auch mit den übrigen Unterstützungsarten. Worauf die härtere Unterstützungsbewertung der roten Verbandsmitglieder zurückzuführen ist, mag die „Holzarbeiter-Zeitung“ selbst ergründen. Wir gestalten uns nur der reinen Lust halber, daß sich jene Tatsache mit den großsprecherischen Redensarten vom „Zukunftswillen“ der Kienträge dem sozialdemokratischen Proletariat verdrängen soll, spiegelt in Einklang sich.

Die rote Ketzerei über die Verwaltungs- und Agitationsansichten der beiden Verbände ist ebenfalls Lasterhaftigkeit. Den christlichen organisierten Holzarbeitern kann man damit nicht imponieren, da sie wissen, daß, je größer eine Organisation ist, desto geringer die Personal- und Agitationskosten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben werden. Das ist eben eine Tatsache, die weder unangehen noch unangenehm ist. Daß aber der Verwaltungsapparat des sozialdemokratischen Verbandes der Billigkeit ist, vermögen wir keineswegs einzusehen. Nach den Beschüssen des letzten roten Verbandstages (München 1910) werden die beabsichtigten Vorstandsmittelglieder des sozialdemokratischen Verbandes mit 2640 bis 3240 Mk. pro Jahr besoldet. Von Arbeitslohn ist uns nichts bekannt. Die gleichen Gehaltsätze gelten für die Redaktoren. Die Genossen erhalten ein Jahresgehalt von 2200 bis 2700 Mk. Strafe viel erhalten die leitenden Lokalbeamten und die Hilfsarbeiter am roten Verbandsbüro. Die noch übrig bleibenden Lokalbeamten erhalten ein Gehalt bis zu 2540 Mk. Das alles sind Rindfleisch, die nach 3 resp. 5 Dienstjahren erreicht sein müssen. Damit vergleiche man die im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter gezahlten Beamtengehälter. Die beabsichtigten Vorstandsmittelglieder und der Redaktionsleiter sind nicht einmal mit den roten Sozialisten Lokalarbeitern, geschweige denn mit den Gehaltszügen des roten Zentralverbandes. Die Bezirksbeamten unseres Verbandes stehen mit ihren Gehaltsätzen an die der roten Lokalbeamten nicht heran. Von unseren Lokalbeamten wollen wir ganz schweigen. 5 Mk. Sperren mit Übermaß und 6 Mk. ohne Übermaß, wie sie an die Beamten des sozialdemokratischen Verbandes gezahlt werden, können wir in unserem Verbands ebenfalls nicht. Trotzdem aber behauptet man, auf jener Seite billiger zu wirtschaften. Das könnte höchstens noch der Fall sein, wenn die Beamten mehr leisten würden als bei uns. Das ist aber auch nicht der Fall. Daß die Unterstützungsanstaltungen in unserem Verbands günstiger sind, läßt es die einzelnen bedürftigen Mitglieder nach zur Bestätigung lauten, haben wir bereits ausführlich nachgewiesen. Nachgewiesen haben wir auch bereits in Nr. 17 des „Holzarbeiter“, daß an dem Vorkursverfahren des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter die Arbeitslosigkeit im allgemeinen besser ist, als in den roten Lokalarbeitern. Spricht man bloß auf das Konto der Beamten des Verbandes,

so ergibt sich, daß sie für geringeren Lohn mehr für die Kollegen leisten, als die sozialdemokratischen Verbandsbeamten. In der Agitation zeigt sich das Gleiche. Am Jahreschlusse 1900 zählte der sozialdemokratische Verband 114 Angestellte, unser Verband 17. Es gewann im Jahre 1910 der rote Verband 13 215 Mitglieder, das ist pro Angestellter 116. Im Zentralverband christlicher Holzarbeiter wurden 2095 Mitglieder gewonnen, pro Angestellter somit 123.

Wir glauben damit der „Holzarbeiter-Zeitung“ gezeigt zu haben, welcher Verband an Unterstützungen mehr leistet und eine billigere und bessere Verwaltung hat. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ kann übrigens versichert sein, daß selbst für den Fall durch ihre Ketzerei der Nachweis erbracht worden wäre, daß der sozialdemokr. Verband nach der materiellen Seite hin den Vorzug verdiente, sich kein Mitglied des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter darüber aufregen würde. Für den sozialdemokratischen Hohnspuk tauschen sie eben ihre Ideale nicht ein. Für diese haben sie im Zentralverband christlicher Holzarbeiter freies Betätigungsfeld, während im sozialdemokratischen Lager die Knute marxistischer Dogmen, das Demagogenspiel revisionistischer Gauner und der Fanatismus belörter Massen Freiheit, Recht und Wohlfahrt ver-gewaltigen.

Gewerksverein der Holzarbeiter G. D. „Die Eiche“ veröffentlicht in Nr. 18 einige Zahlen aus der Jahresbilanz dieser Organisation. Das Vermögen des Gewerksvereins betrug am Jahreschlusse 101 863,14 Mk. Die Mitgliederzahl steht z. B. auf 5662.

„So feiern wir den ersten Mai...“ Noch in ihrer Mai-Nummer 1908 fand die soziald. „Holzarbeiter-Zeitung“ die Sprache zu folgendem Mai-Hymnus:

„Auf denn, ihr Arbeitsbrüder! Für eure Ziele, für eure Partei, für eure Zukunft ruft auch die Maisfeier auf den Plan. Werbt neue Streiter, begeistert sie für unsere Ideen, hebt ihr Selbstbewußtsein, zeigt ihnen die Bahn, die sie aus der Knechtschaft zur Freiheit führt, lehrt sie kämpfen für dieses Ziel und besiegelt durch brüderliche Liebe am 1. Mai den Bund, der alle Ausgebeuteten und Unterdrückten umfaßt soll.“

Wir feiern froh am ersten Mai
Der Zukunft gold'ne Tage,
Die Tage, die für alle frei
Sind Glend, Rot und Plage;
Die Zukunft groß und schön und frei,
Die feiern wir am ersten Mai.“

Aber schon einige Wochen später, auf dem Stettiner Verbandstage, fand der Vorstandsvorsitzende Leipart des soziald. Holzarbeiterverbandes heraus, daß die Maispühe seines eigenen Verbandsorgans eine einzige große Lüge sind. Davon, daß die Maisfeier die Bahn sei, die die Arbeiter aus der Knechtschaft zur Freiheit führe, wollte er noch nichts erfahren haben. Er erklärte offen und frei:

„Die Maisfeiergeschichte hat den Verband von Blamage zu Blamage geführt. Offene Provokationen und Demütigungen seitens des Unternehmertums muß er ungestraft hinnehmen. Ich bin als ideal gestimmter Anhänger der Maisfeier von Hamburg nach Stuttgart gekommen, aber jetzt widerspricht es meinem Idealismus, das alljährliche Glend in den Verhältnissen mitanzusehen. Mehr als 150 000 Mk. hat die diesjährige Maisfeier den Verband gekostet. Das Geld ist nicht zum Nutzen des Verbandes ausgegeben. Mit dem heutigen Zustand ist niemand zufrieden. Darum trete ich offen für die Beilegung der Arbeitsfrage ein.“

Mit den früheren „Blamagen“ hat der starke rote Holzarbeiterverband aber noch nicht genug. Das „alljährliche Glend“ hat er auch in diesem Jahre wieder vernünftigen Erwägungen vorgezogen. Infolge der Maisfeier wurden in Berlin 6484 sozialdem. organisierte Holzarbeiter ausgeperrt; in Hannover sind es 600, in Königszberg 500, in Augsburg 16, in Stuttgart 30. Auch aus Bremen, Braunschweig und Nürnberg werden Ausperrungen gemeldet. Um die „Blamagen“ und das „alljährliche Glend“ zu vergrößern, nahmen die Berliner Holzgenossen gar noch eine Resolution an, die aufs schärfste verurteilt, daß organisierte Kollegen, die in der Lage gewesen wären, zu feiern, am 1. Mai gearbeitet haben.“

Eigenartig war die Stellung der Holzgenossen zur Maisfeier in Nürnberg. Die Fabrikanten der Bleistift-industrie erließen vor dem „Weltfeiertag“ folgenden Maß: „Die alle Jahre wird auch heuer am 1. Mai gearbeitet. Wer am 1. Mai feiert, kann erst am 3. Mai die Arbeit wieder aufnehmen.“ Daraufhin fielen die „Genossen“ Versammlungen ab und beschlossen im „Sächsischen Hof“, jetzt erst recht zu feiern, um dem vermaledeiten Kapital die Kräfte des Proletariats zu zeigen. Doch die Begeisterung währte nicht lange. Am letzten Arbeitstage vor dem Weltfeiertage wurden an die Bleistiftler Zettel folgenden Inhalts verteilt:

„Wir müssen Euch in letzter Stunde empfehlen, den 1. Mai trotz der Mehrheitsbeschlüsse aus Gründen der Taktik nicht zu feiern. Geht also am Montag alle zur Arbeit. Folgt unserem Ruf.“

Leitung Holzarbeiterverband
Ed. v. der Bleistiftarbeiter
Verwaltungsbüro Nürnberg.

Welche Stimmung diese „taktische“ Warnung ausgelöst hat, läßt sich denken. Die Unentwegten schimpften über die Feigheit und Anglisterei. Die Mehrzahl und zwar 1/10 etwa, freuten sich über die vernünftige Meinung der Leitung. Und einen solchen Humbug sollen unsere Mitglieder mitmachen? Niemals. Die Holzarbeiter von „Blamage“ zu führen, das überlassen wir dem sozialdemokratischen deutschen Holzarbeiterverband.

Soziale Rundschau.

Esjak Wahlen. Bei der Gesellenauswahl zur Dampfer-Jung in Göln wurden die Kandidaten der christlichen Gewerkschaft gewählt. Bisher hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Gesellenauswahl.

der Vertreterswahl zur Ortskrankenkasse für Bauhandwerker. Allenstein haben in sämtlichen Abteilungen die christlichen Gewerkschaftler gesiegt. — Bei der Ortskrankenkassenwahl in Fabriken in Pechingen siegten wiederum die christlichen Gewerkschaften. Die letzte Wahl war von den „Genossen“ angefochten worden.

Ausstellung für Arbeiterwohnungsweisen in Gelsenkirchen. Wir berichteten bereits in Nr. 16 des „Holzarbeiter“ über die von den Organisationen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen geplanten Ausstellung für Arbeiterwohnungsweisen. Inzwischen ist die Ausstellung (6. Mai) eröffnet worden. Ueber den Zweck der Ausstellung berichtet das vorbereitende Komitee, das sich aus Vertretern der christlichen Gewerkschaften, der katholischen und evangelischen Arbeitervereine bildet, das Folgende:

„Schwer sind die Stunden, die der Arbeiter in harter Arbeit in der Grube, auf der Werkstat und anderen Arbeitsplätzen verbringen hat. Von nachteiligen Folgen ist die Einwirkung mancher Betriebe auf den Körper und Geist des Arbeiters. Etwas wohlthuend ist es für ihn — und segenspendend für das Volksganze —, wenn er nach des Tages Last und Hitze ein behagliches Heim findet, wo er sich entspannen und erholen kann. In einem behaglichen Heim findet er Abspannung im geistlichen Familienleben. Er spricht jedoch seine Wohnung nicht den berechtigten Anforderungen so findet er keine Erholung, sondern die nachteiligen Folgen des Betriebes auf Geist und Körper finden hier Unterstützung ihrer schädlichen Wirkens.“

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung als bedeutender Kulturfaktor unserer Tage erkennt daher die Arbeiterwohnungsfrage als den Kernpunkt der sozialen und geistigen Förderung des Arbeiters. Sie sucht daher das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Beteiligung ihrer Mitglieder immer mehr auf diese Frage lenken. Aber auch weite Kreise in unserem deutschen Vaterland sind davon überzeugt, daß diese Frage und ihre Lösung zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit gehört. Kommunalverwaltungsorganen und Arbeitervereine haben in vielen Gegenden unseres Vaterlandes zu diesen Bestrebungen sich vereint und manches erreicht. Gehen diese Bestrebungen auf höhere Ziele hinaus, so muß bei der Arbeiterschaft in vielen Fällen erst der Sinn für Behaglichkeit und Schönheit der vorhandenen Wohnung geweckt werden. Es steht außer Zweifel, daß, wenn bei der großen Masse der Arbeiter dieser Sinn geweckt ist, die Arbeiterschaft mit großer Eifer an der Lösung weiterer Wohnungsfragen arbeiten wird. Und dieses ist die Zwecksetzung der zu veranstaltenden Ausstellung. Hat der Arbeiter bei der Gründung eines eigenen Hausstandes auch das Bestreben, sich seine Wohnung schön und behaglich einzurichten, so fehlt es ihm doch meistens an der Anleitung, dieses entsprechend seinen Verhältnissen durchzuführen. Er häuft hier so manches zusammen ohne Rücksicht auf Zusammengehöriges und der praktischen Verwendung.“

Die Ausstellung soll ihm zeigen, wie man auch bei bescheidenen Mitteln sich eine behagliche und praktische Einrichtung beschaffen kann.

Die Möbelstücke sind für diesen Zweck eigens von Mitgliedern der Gelsenkirchener Schreinerinnung angefertigt. Es sind angeordnet Wohnungen aus 2 und 3 Zimmern bestehend. Jeder Zimmer ist vollständig eingerichtet. Die weiteren Ausstattungsgegenstände sind von hiesigen Firmen geliefert. So stellen die Firmen Dahl und Stück die Bilder, die Herren Prente, Bahnschiffstraße, und Philipp Heinrichs, Schallerstraße, Dejen und Herr der Fabrik Ruppertsbusch. Die hiesige städtische Gasanstalt hat Heiz- und Beleuchtungskörper aus. Letztere legt eine vollständige Anlage an, sodas die Gegenstände praktisch vorgeführt und erprobt werden können. Das Ganze wird zeigen, daß auch der Unbemittelte es nicht nötig hat, allen Schund zusammen zu kaufen und daß auch bescheidene Mittel genügen, sich behaglich und praktisch einzurichten. Andererseits wird auch dem Gewerbe Anregung gegeben, sich in der Lieferung von Gegenständen für den Hausbedarf weniger Bemittelten immer mehr zu vervollkommen.“

Die Ausstellung, die sich in den Räumen des Gesellschafterhauses Eintracht, Grillostraße, befindet, ist täglich geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. Sie währt vom 7. bis einschließl. 21. Mai. Mit der Ausstellung parallel läuft ein Vortragszyklus über das Arbeiterwohnungsweisen. Die Vorträge werden im gleichen Lokale gehalten und zwar abends 7 1/2 Uhr. Es werden nachstehende Fragen behandelt:

- 7. Mai: „Das Arbeiterwohnungsweisen und seine Bedeutung in wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung“, Arbeitersekretär Sprenger; 9. Mai: „Wert und Erwerb des Eigenhauses“, Dr. Lindbergh, Düsseldorf; 11. Mai: „Baugenossenschaften“, Stadtbauordner Schmied-Kauf; 13. Mai: „Wohnungshygiene und Pflege“, Fräulein Breuer-M. Gladbach; 14. Mai: Die Arbeiterwohnung und Bodenreform“, Stadtverordnete Gisting-Vogum; 16. Mai: „Die Arbeiterwohnung in Stadtplan“ (mit Lichtbildern), Vaurat Arendt-Gelsenkirchen; 17. Mai: „Die Verwendung des Gases im Haushalt“, Fräulein Birth-Deffau; 20. Mai: „Arbeiterbewegung und Arbeiterwohnung“, Arbeitersekretär Sprenger; 21. Mai: „Arbeiterhaushalt und Familienleben“, Fräulein Breuer-M. Gladbach.

Änderungen in der Vortragsfolge sind nicht ausgeschlossen. Kollegen aus den Städten des Ruhrreviers, die sich für die Ausstellung und die Vorträge interessieren, tun gut, wenn sie Arbeitersekretär, Kollegen J. Sprenger, Gelsenkirchen, Ethenienstraße, bitten, etwaige Änderungen mitzuteilen. Kollege Sprenger ist auch zu jeder sonstigen Auskunft gern bereit.

Briefkasten.

„Die Vereinigung“ erscheint in der nächsten Woche. F. G. Wie die „Genossen“ den einseitigen Arbeitsnachwe der Arbeitgeber in Theorie und Praxis bekämpfen, läßt Du D am besten aus Dortmund berichten.

Eingelegte Sourniere

für Nähtische, Schatullen und Füllungen.

Rusterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsbriefchen.

Eustach. Biller, Marquettens-Heidelberg, Theaterstraße 7.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Janßen, 231a. Druck von Heinrich Pfeiffing, 231a.